

## 9. Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz im Juni 2020 – ein Bericht

Mit 16 Tagesordnungspunkten hatte sich der ALUK am 3.6. viel vorgenommen. Erstmals seit Beginn der Corona-Krise fand die Ausschusssitzung wieder im üblichen Tagungsraum im Landtag statt. Besucher\*innen durften noch nicht teilnehmen, konnten die Sitzung aber im Livestream verfolgen. Hier Anmerkungen zu ausgewählten Tagesordnungspunkten.

**Corona-Soforthilfen für die Landwirtschaft:** Minister Vogel berichtete, dass bisher (Stand 29.5.) 571 Anträge gestellt wurden, von denen 243 bewilligt, 46 abgelehnt und 9 zurückgezogen wurden. Bisher wurden 2,6 Mio € bewilligt. Insgesamt stehen 20 Mio € zur Verfügung, die voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden.

**Genehmigungsverfahren Tesla:** Die Ausführungen des Ministeriums zu den umstrittenen Pfahlgründungen brachten einerseits Klärung, warfen andererseits neue Fragen auf. Zunächst wurden 19 Pfähle probeweise gesetzt, um Belastungsproben für zukünftige Fundamente durchzuführen. Da dies der unteren Wasserbehörde nicht angezeigt wurde, wurden die Arbeiten zunächst gestoppt, konnten letztlich aber ausgeführt werden, nachdem die notwendige Anzeige von Tesla an die Wasserbehörde erstattet wurde. Weitere 100 Pfähle sollen per Genehmigung zugelassen werden. Die Ergebnisse dieser Belastungsproben fließen dann in einen überarbeiteten Genehmigungsantrag ein, den Tesla stellen wird. Die Pfähle durchdringen den obersten Grundwasserleiter, nicht aber den zweiten, der für die Trinkwasserversorgung entscheidend ist. Trotzdem konnte nicht geklärt werden, warum solche Arbeiten im Trinkwasserschutzgebiet ohne Befreiung von den Verbotsvorschriften möglich waren. Es konnte nicht mitgeteilt werden, wann das angekündigte hydrogeologische Gutachten vorliegen soll. Der Erörterungstermin soll nachgeholt werden, ohne dass dafür schon ein Termin feststeht.

**Nationalpark Unteres Odertal und Oderausbau:** Nationalparkleiter Dirk Treichel legte einen durchaus eindrucksvollen Tätigkeitsbericht vor, mit einem Überblick über verschiedenste Aktivitäten und Projekte und zur steigenden Akzeptanz in der Region. Zur erfolgreichen Arbeit dürften auch die stärkere Stellung der Nationalparkverwaltung und die Personalaufstockung beigetragen haben, die in den letzten Jahren vorgenommen wurden. Sehr kritisch wurde vom Nationalparkleiter und vom Ministerium der von polnischer Seite inzwischen genehmigte Ausbau der Oder gesehen. DIE LINKE hatte einen Beschlussantrag für den Ausschuss vorgelegt, der die Bedenken gegen den Ausbau formuliert und die Landesregierung zu konkreten Schritten aufforderte. Letzterem wollten die Koalitionsfraktionen nicht zustimmen, doch kam es immerhin auf der Grundlage des LINKEN-Antrages zu einer kritischen Stellungnahme des Ausschusses, die von allen Fraktionen außer der AfD mitgetragen wurde. Der Beschlusstext lautet:

***Die Oder als naturnahen Fluss schützen und Hochwasserschutz sichern***

*Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz sieht den Beschluss zur Ertüchtigung der Oder auf der polnischen Seite des deutsch-polnischen Grenzverlaufs mit Sorge. Es ist*

*zu befürchten, dass negative Auswirkungen auf den ökologischen Strukturreichtum der Oder nicht ausbleiben. Dieser kennzeichnet die Oder als relativ naturnahen Fluss sowohl innerhalb als auch außerhalb des Nationalparks Unteres Odertal. Außerdem nimmt der Ausschuss besorgt zur Kenntnis, dass nach einer gutachterlichen Prognose mit einem Anstieg des Wasserspiegels an der Mittleren Oder im Hochwasserfall infolge der Umgestaltungsmaßnahmen zu rechnen ist. Dies hätte gravierende Auswirkungen vor allem für den Hochwasserschutz im Oderbruch. Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz wird gebeten, innerhalb der Landesregierung und gegenüber dem Bund die Position des Ausschusses aktiv zu vertreten.*

**EU-Agrarpolitik im Übergang:** Vieles ist noch unklar in Bezug auf die EU-Agrarförderung in der Übergangszeit ab 2021 bis zum Beginn der nächsten Förderperiode. Größere Programmänderungen plant die Landesregierung nicht. Aber aufgrund eines Verteilungskampfes zwischen den Bundesländern droht ein erheblicher finanzieller Einbruch bei den Mitteln für die Zweite Säule (ELER-Förderung). Darüber soll Ende Juni entschieden werden. Positive Nachricht: Für die LEADER-Förderung gibt es zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 25 Mio Euro.

**Saisonarbeiter\*innen:** Die Corona-Krise hat die Bedeutung von landwirtschaftlichen Saisonarbeiter\*innen, aber auch die Problematik der Arbeitssituation deutlich gemacht. DIE LINKE begrüßt die Initiative, Gewerkschaften und Anbauverbände zu Gesprächen über die Arbeitsbedingungen an einen Tisch zu holen, hält aber verbindliche Regelungen und Kontrollen für erforderlich. Gut gemeint, aber zum Scheitern verurteilt war eine Initiative von Minister Vogel, mit dem Lebensmitteleinzelhandel über faire Preise für die Landwirtschaft zu reden, die bessere soziale Standards in den Betrieben ermöglichen. Um das zu erreichen dürften gesetzliche Regelungen im Kartellrecht notwendig sein.

**Umsetzung Düngeverordnung:** Der Bund erarbeitet eine Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung der „Roten Gebiete“ mit besonderer Nitratbelastung. Danach müssen die Länder ihre Gebietskulisse anpassen. Da Brandenburg bereits bei der Ausarbeitung der Kriterien in der letzten Legislaturperiode viele der jetzt diskutierten Überlegungen (Einbeziehung vieler Messstellen, Binnendifferenzierung der Grundwasserkörper, Ursachenbetrachtung) berücksichtigt hat, wird sich (in Abhängigkeit von den endgültigen Regelungen) vielleicht nicht so viel Überarbeitungsbedarf ergeben. Neu ist aber die Ausweisung einer Phosphatkulisse für Oberflächengewässer. DIE LINKE hat vor allem auf den Bedarf an Investitions- und Beratungsförderung hingewiesen.

**Volksinitiativen zum Insektenschutz:** Mit der Moderation des Diskussionsprozesses der beiden Volksinitiativen wurde das Unternehmen IKU Dialoggestalter beauftragt. Das Präsidium des Landtages hat beschlossen, dass an dem Dialogprozess je drei Vertreter\*innen der beiden Volksinitiativen, je ein\*e Vertreter\*in der Landtagsfraktionen und das MLUK teilnehmen soll. Der Diskussionsprozess soll im Juni beginnen und zum Jahresende mit einem Bericht an den Landtag abgeschlossen werden.

Thomas Domres, agrar- und umweltpolitischer Sprecher